

# **Bildung, Ausbildung, Weiterbildung**

## **Die aktuelle Lage**

Im Zuge der demographischen Entwicklung stehen die Kommunen immer mehr im Wettbewerb um die Ansiedlung von jungen Familien. Dabei ist ein gutes Betreuungs-, Bildungs- und Ausbildungsangebot ein großer Standortvorteil. Auch örtlich ansässige Gewerbetreibende und Unternehmen brauchen diese Angebote bei ihrem Bemühen um die Anwerbung von Mitarbeitern. Deshalb muss jede Kommune um ein ausreichendes und möglichst vielfältiges Angebot an Betreuungseinrichtungen, Schulen und Weiterbildungsmöglichkeiten bemüht sein, wo nötig auch im regionalen Verbund oder durch überörtliche Zusammenarbeit. Die insgesamt sinkende Zahl schulpflichtiger Kinder eröffnet neue Möglichkeiten der individuellen Förderung, stellt die Kommunen aber auch vor die Herausforderung, ein adäquates Betreuungs- und Schulangebotsaufrecht zu erhalten.

## **Liberale Grundsätze**

Ein wichtiges Anliegen ist für uns Liberale die Unterstützung und Stärkung der frühkindlichen Entwicklung und Bildung. In diesen Bereich investieren heißt nicht nur grundlegende Fähigkeiten in einer Phase großer Lernbereitschaft der Kinder zu fördern, sondern auch Defizite beizeiten erkennen und wenn möglich ausgleichen. Durch ein solches Vorgehen ersparen wir den Kindern und uns langfristig viele „Reparaturmaßnahmen“. Mit der flächendeckenden Umsetzung des Orientierungsplans in den Kindergärten ab 2009 und der neu gestalteten, vorgezogenen Einschulungsuntersuchung stehen auch die Kommunen sowie die Kindertageseinrichtungen vor besonderen Herausforderungen. Die neuen Aufgaben für die Erzieherinnen und Erzieher, vor allem die Beobachtung und Dokumentation der Entwicklung jedes Kindes, die verstärkte Einbeziehung der Eltern und die Sprachförderung erfordern kleinere Kindergartengruppen, eine bessere Ausstattung der Kindergärten und eine Weiterbildung der Erzieherinnen sowie eine zusätzliche Qualifikation des Leitungspersonals. Hier sind Land und Kommunen gemeinsam gefordert, die Finanzierung dieser

Maßnahmen sicherzustellen. Die FDP setzt sich für eine Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Schulen in unserem Land ein. So ist es beispielsweise auf Initiative der FDP gelungen, in der 530 Mio. Euro umfassenden „Qualitätsoffensive Bildung“ Personalkostenbudgets zu verankern. Dies bedeutet, dass der einzelnen Schule ein Recht zur Budgetierung der Stellen in Mittel eingeräumt wird. Auch die vorgesehenen Senkungen des Klassenteilers müssen von der Schule nicht zwingend umgesetzt werden, sondern sie bewirtschaftet die ihr gemäß Organisationserlass zugewiesenen Stellen eigenständig. Eine gestärkte Schulautonomie bedeutet nicht nur für Schüler, Eltern und Lehrer, sondern auch für die Kommunen und Landkreise, sofern sie Träger der Schulen sind, zahlreiche zusätzliche Gestaltungsmöglichkeiten. Auf das Engagement der am Schulleben Beteiligten wird es ankommen, wenn in einem Schulwesen nach liberaler Vorstellung Vielfalt und Wettbewerb im guten Sinne die Qualität der Bildung sichern. Voraussetzung für den Wettbewerb ist allerdings eine Aufhebung der Schulbezirke, um Wahlfreiheit zu gewähren. Im Land tritt die FDP dafür ein, dass Schulverbände und Schulversuche zugelassen werden müssen, wenn vor Ort ein stimmiges Konzept erarbeitet wurde. Dies betrifft ausdrücklich auch die angestrebten Kooperationen von Haupt- und Realschulen. Zugleich gilt es, die Betroffenen bei ihren Schulentwicklungsvorhaben zu unterstützen. Im Rahmen der „Qualitätsoffensive Bildung“ wird das Landesinstitut für Schulentwicklung personell verstärkt, um Hilfestellungen in vielen praktischen Fragen geben und eine wissenschaftliche Begleitung vornehmen zu können. Die aufgrund der sinkenden Schülerzahlen in den nächsten Jahren frei werdenden personellen Ressourcen müssen den Schulen erhalten bleiben. Die Kommunen sind aufgrund der demographischen Entwicklung aber auch aufgefordert, noch mehr als bisher über die kommunalen Grenzen hinweg eine regionale Schulentwicklung vorzunehmen, um auch in Zukunft arbeitsfähige Schulen vorhalten zu können. Als eine Möglichkeit der regionalen Schulentwicklung sieht die Qualitätsoffensive Bildung den flächendeckenden Ausbau von Bildungsregionen vor. Ziel der Bildungsregionen ist es, für alle Kinder und Jugendlichen einer Region den größtmöglichen Bildungserfolg zu erreichen. Dazu wird in enger Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen und allen weiteren am Bildungsprozess Beteiligten über die bisherigen Zuständigkeiten hinaus eine staatlich-kommunale

Verantwortungsgemeinschaft auf regionaler Ebene neu geschaffen. Die FDP unterstützt mit Nachdruck den vorgesehenen Ausbau von Bildungsregionen, wird doch hier jenseits von Zuständigkeitsfragen die gemeinsame Verantwortung für die Kinder und Jugendlichen in den Mittelpunkt gerückt zugunsten einer erfolgreichen individuell geförderten Bildungsbiographie. Der Ausbau der Ganztagesbetreuung wird eine der großen Herausforderungen für die Kommunen und ihre Schulen bleiben. Für die Entwicklung der Ganztagesangebote ist die Kooperation mit verschiedenen Gruppen und Akteuren in der Gemeinde unerlässlich. Genannt seien hierbei unter anderem die Schulfördervereine, die Musikschulen und -vereine, die Sportvereine und viele mehr. Die Möglichkeit zu musizieren und ein Instrument zu erlernen, sollte jedem Kind eröffnet werden. Wichtig erscheint auch die Kooperation von Schulen mit der Wirtschaft, eine der wesentlichen Voraussetzungen für einen erfolgreichen Übergang von der Schule in den Beruf. In der globalisierten und technisierten Wissensgesellschaft von heute geht es darum, jedem Schüler unterschiedliche Lernwege zu eröffnen, ohne ihn schon zu früh auf bestimmte Berufslaufbahnen festzulegen. Diesem Anliegen der FDP ist in der Weiterentwicklung der Hauptschulen zu Werkrealschulen in noch stärkerem Maße als bisher Rechnung getragen worden. Gleichzeitig hält die FDP am Hauptschulbildungsgang als unverzichtbarem Bestandteil einer differenzierten Bildungslandschaft mit bestmöglicher individueller Förderung fest. Die FDP sieht es als unabdingbare Voraussetzung an, dass die jeweiligen Abschlussqualifikationen so ausgestaltet sind, dass zwischen den unterschiedlichen Schularten kompatible Übergangsschnittstellen bestehen und so ein Übergang in die nächst höhere Schulart nach absolviertem Abschluss immer möglich ist. Im Sinne eines lebenslangen Lernens sind schließlich die Volkshochschulen mit ihrem breiten Angebot für viele Interessen und Bedürfnisse zu erwähnen. Auch sie müssen ebenso wie zahlreiche andere Angebote der Fort-, Aus- und Weiterbildung weiterhin nachhaltig gefördert werden.

### **Zur Situation in Waiblingen**

Die Waiblinger Schullandschaft ist ein wichtiger Faktor für die Attraktivität der Stadt. Es kann dabei auch nicht übersehen bleiben, dass die Konkurrenz zu privaten Schulen in der Umgebung größer geworden

ist. Neben einem unbefriedigenden Sanierungsstau in der baulichen Substanz beschäftigt die aktuelle Diskussion um die Schaffung von Gemeinschaftsschulen viele Eltern in Waiblingen. In Waiblingen werden im September 2014 drei Gemeinschaftsschulen an den Start gehen. Jede Schule, die Ganztageschule werden möchte, wird und wurde in der Vergangenheit hierbei durch die Stadt unterstützt. Dadurch ist gelungen, nun auch in absehbarer Zeit an den weiterführenden Schulen eine Ganztagesbetreuung anzubieten. Diese wird sukzessive weiter ausgebaut.

Die Kindergärten sind in Waiblingen auf ganzer Linie auf die vom Land vorgegebenen Bildungspläne (Orientierungsplan) eingestellt. Sie haben sich somit zu wertvollen Bausteinen frühkindlicher Bildung entwickelt. Als exemplarisch darf dabei auch das Bildungshaus in Hohenacker gelten, dass in Kooperation mit Kindergärten und der Grundschule einen wichtigen Bildungsbeitrag für Kinder von 3–10 Jahren erbringt und für diese Vorbildrolle auch bereits landesweit Beachtung und Anerkennung gefunden hat. Zwischenzeitlich gibt es auch ein Bildungshaus in Bittenfeld.

### **Standpunkte der FDP Waiblingen**

Neben der Diskussion um Gemeinschaftsschulen wird die FDP Waiblingen jedoch auch weiterhin mit Nachdruck darauf dringen, dass die Situation der Förderschulen nicht aus dem Blickfeld der kommunalpolitischen Bildungsdebatte verloren geht.

Die Qualität der Waiblinger Schulen ist einerseits durch die vom Land vorgegebenen Lehrpläne und pädagogischen Konzepte bestimmt, kann aber andererseits durch kommunale Anstrengungen in die Ausstattung der Schulen erheblich beeinflusst und gehoben werden. Ein angemessenes Lernumfeld ist eine Voraussetzung für den schulischen Erfolg und trägt gleichermaßen zur Motivation der Schüler als auch der Lehrer bei. Deshalb ist es wichtig, notwendige Sanierungs- und Ausbaumaßnahmen zügig voranzutreiben. Hierzu sollte auch von möglichen Fördermitteln aus den Konjunkturprogrammen von Bund und Land Gebrauch gemacht werden. In den nächsten Jahren steht eine sehr umfangreiche Sanierung des Saliergymnasiums auf der Agenda. Hier gilt es neben der Schulleitung auch Lehrer und Eltern und die Schüler (SMV) miteinzubeziehen, um ein gutes Ergebnis zu erreichen.

Der frühkindlichen Bildung muss weiterhin besonderes Augenmerk geschenkt werden. Waiblingen ist zwar grundsätzlich gut für den Orientierungsplan gerüstet, dennoch kann aber nicht übersehen bleiben, dass auf Grund des gehobenen Anteils von Mitbürger mit Migrationshintergrund in Waiblingen nicht selten die Sprache eines der größten Handicaps der Kinder ist. Sprache kann und muss bereits im Kindergarten gelernt werden. Dies kann aber nur geschehen, wenn möglichst alle Kinder den Kindergarten besuchen. Etwaige Defizite bei der Sprache würden so schon früh auffallen und könnten rechtzeitig verbessert werden, um so möglichst allen Kindern gute Startbedingungen für die Schule zu sichern.

Die FDP Waiblingen hält die Einbeziehung und Unterstützung verschiedener Träger von Kindertagesstätten in die Kindergarten-Bedarfsplanung für ideal. Damit ist eine bunte Palette geboten, aus der Eltern eine ihren Wünschen entsprechende Betreuung wählen können. In der jüngeren Vergangenheit haben sich auch weitere freie Träger in der Stadt angesiedelt. Für die Zukunft erscheint es uns wichtig, auch auf deren Gebührenstruktur ein Auge zu haben, wobei ein Augenmerk auch auf einer sozialen Komponente bei der Preisgestaltung liegen sollte. Insbesondere wäre auch bei freien Trägern eine Gebührenfreiheit für Familien mit mehreren Kindern analog zu den städtischen und kirchlichen Einrichtungen wünschenswert. Es gilt zu vermeiden, dass sich nur Eltern mit gehobenen Einkommen hier einen Platz leisten können. Es darf nicht zu einer sozialen Differenzierung kommen bzw. das Angebot muss für alle Kinder gleichermaßen zugänglich sein.

Die FDP Waiblingen versteht das Recht auf Bildung als lebenslange gesellschaftspolitische Anforderung, die sich keinesfalls nur auf Kindergarten und Schulen erstreckt. Eine attraktive und vielfältige Landschaft an weiteren Bildungsanstalten wie Musikschule, Kunstschule, Familienbildungsstätte oder Volkshochschule ist deshalb unbedingt zu erhalten und zu fördern. Durch die Sanierung der Karolinger Schule und Umwandlung in das Familienzentrum „KARO“ hat Waiblingen hierzu einen weiteren Schwerpunkt gesetzt. Die FDP Waiblingen unterstützt die Verzahnung und Kooperation der hier ansiedelnden Einrichtungen zur Familien- und Erwachsenenbildung und fordert diese Institutionen auf, die dadurch zusätzlich möglich werdenden Synergien kreativ und engagiert zu nutzen.